

Nur bei Monopol verstaatlichen

Sachsen-Anhalts LINKE will keine plumpe Enteignungsdebatte

Von Hendrik Lasch, Magdeburg

Wenn immer weniger Menschen im Land leben, wird es schwer, gleiche Lebensverhältnisse zu sichern. Sachsen-Anhalts LINKE sieht den Staat dennoch in der Pflicht – ohne plumpe Enteignungsdebatten zu führen.

Die Post ist kein Staatsbetrieb mehr. Das hat die Magdeburger Koalition allerdings offenbar noch nicht gemerkt. In einem im Juli verabschiedeten Plan zur Landesentwicklung fordern CDU und SPD, alle zentralen Orte im Land sollten über Postfilialen verfügen. Eine vernünftige Idee, sagt Wulf Gallert, Chef der LINKEN im Landtag – aber sie stimmt nicht mehr mit der Wirklichkeit überein: »Da hätte man vor 13 Jahren nicht die Post privatisieren dürfen.«

Das Beispiel der Postschalter zeigt, vor welchen Schwierigkeiten Landespolitiker stehen, die zwar alle Regionen des Landes für die Bewohner lebenswert erhalten wollen, aber auf entscheidende Lebensbereiche nur begrenzten Einfluss haben. Nicht nur kann das Land in Orten, aus denen sich Handelsketten zurückziehen, keine staatlichen Lebensmittelläden eröffnen. Auch mit Folgen eigener problematischer Entscheidungen muss die Politik leben: Die privatisierte Post AG mit Steuermitteln zur Eröffnung von Filialen in Kleinstädten zu animieren – »das Geld haben wir nicht«, sagt Gallert, der maliziös anmerkt, dass diejenigen am lautesten über unschöne Folgen der Privatisierung klagten, die sie einst betrieben.

Obwohl die Steuerungsmöglichkeiten beschränkt sind, hält die LINKE in Sachsen-Anhalt jedoch am Anspruch fest, überall im Lande gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten – was, wie Gallert betont, nicht heißt, dass die Verhältnisse überall gleich sind. Arzt, Schule und Bücherei jedoch sollen für alle Bürger in vertretbarer Zeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. In einem eigenen Programm zur Landesentwicklung, das gestern auf einem Parteitag in Magdeburg beraten wurde, plädiert die LINKE daher für eine größere Zahl von Ober- und Mittelzentren, als die Landesregierung zunächst vorgesehen hatte. Dass diese ihr Konzept daraufhin deutlich korrigierte, sieht Gallert als Beleg dafür an, »dass Opposition wirkt«.

Auch wenn in dem Papier der LINKEN allerdings von einer »staatlichen Garantiefunktion« für die wesentlichen Leistungen der Daseinsvorsorge die Rede ist, wird staatlichem Eigentum keineswegs pauschal das Wort geredet. Gallert, der unlängst in einem Interview die Verstaatlichung der Stromnetze gefordert hatte und daraufhin von der CDU als »Hugo Chavez von Magdeburg« bezeichnet worden war, warnte vor der »Illusion, wenn wir alles verstaatlichen, wird die Welt gut«. So zeige sich, dass staatliche Monopolisten oft ähnlich agierten wie Private – eine Position, der Parteichef Lothar Bisky beispringt: »Staatskapitalismus«, sagte dieser in Magdeburg, »ist keine Lösung«. Daher, sagt Gallert, sei es auch falsch, bestehende Vielfalt bei der Energieproduktion zu zerstören. Der Mühe einer solch differenzierten Sicht müsse sich die Partei im übrigen auch im eigenen Interesse unterziehen, fügt der Fraktionschef hinzu: Führe sie nur »plumpe Privatisierungsdebatten«, schlage ihr das regelmäßig als »Enteignungsdebatte« entgegen.